

# Bericht über die Entwicklung in POLEN

November/Dezember 1962

<b>I. <u>Politische Ereignisse</u></b>	<b>Seite: 1</b>
1) Position GOMULKAs in der Partei	1
2) GOMULKA vor den Bergleuten	7
3) CYRANKIEWICZ vor Widerstandskämpfern	9
4) Einheit, die keine ist	10
5) Fortschreitende Integration	13
6) Die "Polnische Sozialistische Partei" (PPS) 70 Jahre alt	14
7) RAPACKI in Jugoslawien	18
<b>II. <u>Wirtschaft</u></b>	<b>20</b>
1) Wirtschafts- und Haushaltsplan 1963	20
2) Schwierige Probleme des Maschinenexportes	22
3) Export von fertigen industriellen Objekten	23
<b>III. <u>Soziale Probleme</u></b>	<b>25</b>
Rolle der Gewerkschaften	25

- - - - -

## I. Politische Ereignisse

### 1) Position GOMULKAs in der Partei

In polnischen Parteikreisen wird in letzter Zeit davon gesprochen, daß die Position des Parteichefs GOMULKA in der Parteileitung nicht mehr so stark sei, wie sie noch vor zwei oder drei Jahren war. Als er im Oktober 1956 die Macht übernahm wurde er von Stalinisten und bald darauf auch von enttäuschten "Revisionisten" bekämpft. Die Mehrheit des Zentralkomitees, auf die er sich stützen konnte, bestand aus mehreren Gruppen, die zu vielen Fragen verschiedene Haltung einnahmen. GOMULKA hatte in dieser Situation kein leichtes Spiel, es gelang ihm aber, seine Feinde auszuschalten und sich die heterogenen Gruppen der im ZK regierenden "Koalition" unterzuordnen. Als im Frühjahr 1959 der Parteitag stattfand, war GOMULKA unbestrittener Herr der Lage.

Der innere Frieden unter den führenden Parteifunktionären war nicht von langer Dauer. GOMULKA gelang es nicht, die Fraktionstätigkeit einzelner Gruppen in der Partei zu verhindern. Heute bietet die polnische kommunistische Partei (PZPR) ein Bild der Zerissenheit.

In den letzten Monaten hörte man viel von der Aktivität der sogenannten "Partisanengruppe", die ihren Namen daher hat, daß die meisten ihrer Anhänger aus der kommunistischen "Partisantka" in Polen stammen. Ihren Einfluß übt sie hauptsächlich auf Armee, Nachrichtenwesen und Miliz (Polizei) aus. Diese Partisanen verlangen, daß Polen mit harter Hand regiert wird, um "liberale" und "opportunistische" Tendenzen auszurotten. Sie bekämpfen aber nicht nur Funktionäre, denen solche Tendenzen nachgesagt werden, wie z.B. Ministerpräsident CYRANKIEWICZ und Aussenminister RAPACKI, sondern auch einige ausgesprochen "harte" Funktionäre, wie z.B. das Politbüromitglied ZAMBROWSKI. Die Hintergründe dieser Auseinandersetzung sind noch nicht durchschaubar.

Wie leicht vorauszusehen war, verhielten sich die Angegriffenen nicht passiv, sondern setzten sich zur Wehr und gingen ihrerseits zum Angriff über. Da sich an der Auseinandersetzung verschiedene Gruppe beteiligen, die fast alle Richtungen in der Parteiführung vertreten, entstand zuletzt eine Situation, die man als "bellum omnium contra omnes", also Kampf aller gegen alle bezeichnen könnte.

Bezeichnend ist, daß man bis heute unklar ist, welche Haltung GOMULKA inmitten dieser Gruppierungen eingenommen hat. Man weiß nicht mit Sicherheit, ob er für eine Fraktion Partei ergriffen hat. Bisher hat er sich nie engagiert, sondern taktiert und laviert, aber dieses Spiel kann er auf die Dauer nicht durchhalten. Schon allein die Tatsache, daß er den neu entflammten Kampf der Fraktionen nicht rechtzeitig verhindern konnte, wird von vielen als Zeichen der Schwäche gewertet. Daß er nichts unternehmen kann, obwohl die Kämpfe in der Partei immer stärker werden und vor den Augen der Öffentlichkeit keineswegs verborgen bleiben, wird von gewissen Gruppen in Polen schon als Unfähigkeit des Parteichefs ausgelegt, mit den Parteiproblemen fertig zu werden.

Welche Gründe GOMULKA bis jetzt passiv verharren ließen, ist unbekannt. Die jüngste Entwicklung in Polen brachte jedenfalls eine starke Herabsetzung der Autorität GOMULKAs und das, sowohl bei den Regierenden (Parteispitze) als auch bei den Regierten.

Unter politischen Beobachtern der polnischen Verhältnisse wird die Tatsache viel kommentiert, daß GOMULKA sich den Kongreß der Gewerkschaften als Tribüne ausgesucht hat, um das Scheitern wichtiger Positionen des Wirtschaftsplanes und die daraus folgenden Konsequenzen für die Bevölkerung zu verkünden.

Bisher erfolgten derartig wichtige Mitteilungen meistens erst, nachdem sie vom Plenum des ZK der Partei diskutiert wurden und nachdem dieses Gremium einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat.

Die Nichtbefolgung dieses Grundsatzes fiel um so mehr auf, da die Plenarsitzung des ZK schon seit einigen Monaten fällig war und dauernd verschoben wurde. Das war offenbar Absicht. GOMULKA stellte das ZK vor vollendete Tatsachen. Vor dem Gewerkschaftskongreß führte er aus:

"In der letzten Zeit zeigten sich viele für unsere Volkswirtschaft + unvorteilhafte Erscheinungen, die uns schon heute zahlreiche Schwierig- + keiten verursachen und uns dazu zwingen, das Steigerungstempo der + industriellen Produktion im Jahre 1963 beträchtlich herabzusetzen."

"Die Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes traten vor allem durch das Defizit der landwirtschaftlichen Produktion, nicht ausreichende Dynamik des Exports, falsche Struktur unseres Außenhandels mit den kapitalistischen Ländern, übermäßige Material- und Personalkosten und endlich durch zu teure Durchführung der Investitionen ein."

GOMULKA gab sodann bekannt, daß die Ernte 1962 einen schweren Rückschlag gebracht habe. Die Hektarerträge der vier Getreidesorten lagen um 2 dz niedriger als im Vorjahre. Die Kartoffelernte ging um 7,6 Mio to und die Zuckerrübenernte um 1,3 Mio to zurück. Insgesamt verminderte sich die pflanzliche Produktion der Landwirtschaft um 13 %, während die Viehwirtschaft nur geringe Fortschritte machte, so daß im Endergebnis der gesamte Wert der landwirtschaftlichen Produktion sich im Vergleich zum Vorjahre um 7,8 % verminderte.

Trotz unbestrittener Fortschritte seit 1956 ist das Produktionsniveau der Landwirtschaft in Polen immer noch niedrig und es müssen jährlich große Mengen von Getreide eingeführt werden. Das relativ hohe Niveau des Vieh- und Schweinebestandes bewirkt, daß der Hauptteil der Importe aus Futtergetreide besteht. In den vergangenen Jahren betrug die Einfuhrquote ca. 2,2 Mio

Tonnen pro Jahr. GOMULKA kündigte an, daß die schlechte Ernte und die wachsenden Erfordernisse der Viehzucht dazu zwingen, diese Quote auf 2,85 Mio to heraufzusetzen, was Polen sehr viel Devisen kosten wird.

Sorgen bereitet auch die Entwicklung der Weltmarktpreise. Polen exportiert in die nichtkommunistische Welt Kohle, andere Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Verglichen mit dem Niveau des Jahres 1956 sind die Preise für diese Waren beträchtlich gefallen (Kohle - 57 %, landwirtschaftliche Produkte - 30-50%). GOMULKA rechnete aus, daß diese ungünstige Preisgestaltung Polen in den letzten 5 Jahren über 2 Milliarden Dollar gekostet hat. Aus dem westlichen Ausland importiert Polen z.T. Rohstoffe, überwiegend aber Maschinen und Einrichtungen. Hier sind die Preise nur bei wenigen Gruppen niedriger als vor 5 Jahren, in der Mehrzahl sind sie aber gestiegen.

Um die notwendigen Einfuhren zu bezahlen, muß Polen in den Westen exportieren, und zwar um so mehr, je mehr die Preise für die eigenen Exportartikel fallen. Infolge der wirtschaftlichen Integration der wichtigsten westlichen Handelspartner Polens finden sich aber für die jetzt ausgeführten Waren immer weniger Abnehmer. Das Minus-Saldo aus dem Handel mit dem Westen betrug für Polen im vergangenen Jahr ca. 70 Mio Dollar.

Die Hauptschwäche der polnischen Position im Handel mit westlichen Ländern sieht GOMULKA in der "falschen Struktur des polnischen Exports". Nicht die wenig ertragreichen Agrarprodukte (heute die Hälfte der Ausfuhr nach Westen), sondern Maschinen, industrielle Ausrüstungen und Massenbedarfsartikel sollen an die erste Stelle rücken. Die heutige Qualität dieser in Polen hergestellten Waren würde es kaum erlauben, daß sie mit westlichen Erzeugnissen konkurrieren. GOMULKA meint jedoch, daß sich das ändern kann und wird.

An der düsteren wirtschaftlichen Lage Polens seien viele Faktoren schuldig. GOMULKA nannte in diesem Zusammenhang Materialverschwendung in den Produktionsbetrieben, übermäßiger Einsatz von Arbeitskräften (fast eine Viertel Million Arbeiter könnten beim gegenwärtigen Produktionsvolumen eingespart werden), was alles zu gesteigerten Produktionskosten beiträgt.

#### Rückschlüsse

Um die schwierige Situation in der Wirtschaft zu meistern, verlangte GOMULKA die Umgestaltung des Investitionsplanes, für die kommenden drei Jahre (Restteil des 5-Jahrplanes 1961-1965). In erster Linie soll in die Landwirtschaft mehr Geld investiert werden, damit die großen, noch vorhandenen Produktionsreserven ausgenutzt werden können. Eine Vergrößerung der Investitionen sei ebenso im Schulwesen vorgesehen. Die Schwerindustrie soll Investmittel in vorgesehener Höhe bekommen, das gleiche gilt auch für den Wohnungsbau. Dagegen soll der Anteil der Leicht- und Lebensmittelindustrie, der Kommunalwirtschaft, des Transport- und des Gesundheitswesens verkleinert werden.

Die Gesamtproduktion der Industrie im Jahre 1963 soll nur um 5% größer als 1962 werden (in den letzten Jahren lag die jährliche Wachstumsrate um 9%). Die Produktion der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Leder- und Schuherzeugung soll nicht einmal das Niveau des vorhergegangenen Jahres erreichen. Es handelt sich gerade hier um Mangelwaren, und die Bevölkerung wird noch mehr unter der Knappheit dieser Artikel leiden müssen. Die Aussichten für eine Verbesserung der Reallöhne in den kommenden Jahren stehen mehr als bisher unter einem Fragezeichen.

Aus der ganzen Darstellung GOMULKAS geht klar hervor, daß die Anfälligkeit der Wirtschaft in Polen gegenüber jedem Mißerfolg viel stärker ist, als man von offizieller Seite bisher zugeben wollte.

Auf noch eine sehr verhängnisvolle Konsequenz des jetzigen wirtschaftlichen Debakels wies GOMULKA am Schluß seiner Rede hin:

"Die Verlangsamung der Entwicklung unserer Wirtschaft hat einen vorübergehenden Charakter. Gleichzeitig ist das ein Warnsignal, das uns zeigt, daß nicht alle Richtlinien unseres jetzigen Fünfjahresplanes richtig waren.

- + Diesem Plan kann man einen generellen Vorwurf machen: Wir richteten
- + unsere Planung allzu sehr auf den westen, auf die hochentwickelten
- + kapitalistischen Staaten. Fast 40 % unserer Außenhandelsumsätze tätigen
- + wir auf den kapitalistischen Märkten. Das Leben lehrt uns, wie gefähr-
- + lich solche Proportionen für unsere Wirtschaft sind. Wir wollen und
- + sollen mit kapitalistischen Ländern Handel treiben, wir dürfen aber
- + nicht dabei in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten."

Eine Sitzung des ZK wurde erst kurz vor Weihnachten, also fast vier Wochen nach seiner Rede vor dem Gewerkschaftskongreß einberufen. GOMULKA ließ aber nicht über die Wirtschaft, sondern über Probleme des Hochschulwesens und der wissenschaftlichen Forschung diskutieren. Diese Probleme sind zweifellos wichtig genug, um vom höchsten Parteigremium erörtert zu werden, allerdings schien es vielen merkwürdig, daß die noch wichtigeren und dringenderen wirtschaftlichen Probleme nicht zur Behandlung kamen.

In Polen glaubt man, daß der Parteichef sich diese Diskussion nicht wünsche, weil dabei zu viele kritische Stimmen an seine Adresse gerichtet würden. Augenscheinlich befürchtet GOMULKA zu diesem Zeitpunkt eine Auseinandersetzung mit dem Zentralkomitee, weil er vermutet, daß viele sich sonst bekämpfenden Gruppen in der oppositionellen Einstellung ihm gegenüber gemeinsame Worte finden könnten.

## 2. GOMULKA vor Bergleuten

Am Vortage des St. Barbara-Festes, daß von polnischen Bergleuten auch im kommunistischen Polen gefeiert wird, erschien der Parteichef GOMULKA im oberschlesischen Kohlerevier, um dort an den Feierlichkeiten teilzunehmen.

Steinkohle spielt heute in der Weltwirtschaft längst nicht mehr die Rolle, welche ihr noch vor etwa 20 Jahren als Brenn- und Rohstoff für die Chemie zufiel. In Polen zeichnet sich diese Entwicklung etwas anders ab. Auch dort konnte man nicht übersehen, daß die Kohle durch das Erdöl von ihrem bisherigen Platz verdrängt wird. Aber in Polens Binnenwirtschaft spielen die reichen Kohlevorkommen eine unveränderte Rolle, dagegen ist die Erdölgewinnung unbedeutend. Das Land ist arm, und kann auf die vorhandenen Gegebenheiten nicht verzichten. Obwohl in den meisten westlichen Kohlerevieren immer mehr Gruben geschlossen werden und die Produktion sinkt, werden in Polen Jahr für Jahr mehr Kohle gefördert und neue Schächte abgetauft.

Im vergangenen Jahre betrug die Förderung an Steinkohle 109 Mio to, im Jahre 1963 soll sie um 2,5 Mio to höher liegen. Trotz der gesteigerten Produktion vermindert sich die exportierte Menge der Kohle von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1950 wurden fast 27 Mio to ausgeführt, heute sind es um 10 Mio to weniger.

Paradoxe Weise ist trotz Kohleüberschußes Polen gezwungen, gewisse Mengen von Kohle zu importieren. Eisenhütten und Stahlwerke brauchen immer mehr Koks, und Polen ist gerade an verkokbarer Kohle arm, so daß man über 1 Mio to pro Jahr einführen muß. Wenn die jetzt im Bau befindlichen Kohlengruben fertig sind, wird das Defizit an verkokbarer Kohle beseitigt sein. Bis dahin werden allerdings noch ein paar Jahre vergehen.



Verständlicherweise befaßte sich GOMULKA in seiner Rede vor den oberschlesischen Kumpeln nicht nur mit diesen Problemen, sondern benutzte die Gelegenheit, um einige Probleme der Weltpolitik zu behandeln. Auch hier stand immer noch die Kuba-Krise im Vordergrund. GOMULKA erklärte:

"Nur Menschen mit beschränktem Verstand können die Meinung vertreten, daß die Sowjetunion ihre Raketen und Bomber von Kuba zurückzog, weil sie vor der Macht der USA erschrak. Die militärische Macht der UdSSR steht der USA nicht nach. Der amerikanische Atomphysiker Ralph Lapp gibt an, daß die Sowjetunion und die USA über ein solches Potential von Kernwaffen verfügen, daß jede Macht die andere 25 mal vernichten könnte...

Die Rückziehung der sowjetischen Raketen aus Kuba und die öffentliche Feststellung des amerikanischen Präsidenten über den Verzicht auf eine Aggression gegen Kuba sind ein Kompromiß, der im Rahmen der friedlichen Koexistenz geschlossen wurde. Dank dieses Kompromisses, Dank der von tiefer Klugheit gekennzeichneten Politik der sowjetischen Führung mit Genossen Chruschtschow an der Spitze, konnten das sowjetische, das amerikanische, das polnische Volk, ja die ganze Welt eine Kriegskatastrophe vermeiden."

Die Gefahren eines zukünftigen Krieges veranschaulichte GOMULKA seinen Zuhörern auf eine sehr eindrucksvolle Weise:

"Im Jahre 1962 haben unsere Bergleute 109 Mio t Kohle gefördert. Die in dieser Menge... enthaltene Energie ist etwas geringer als jene, die in einer Wasserstoffbombe von 100 Megaton Stärke enthalten ist. Und man kann Bomben bauen, die um ein Vielfaches stärker sind."

Noch einmal sprach sich GOMULKA für die Errichtung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa aus, um dann noch einen Schritt weiter zu gehen:

"Atomwaffen soll man in West- und Mitteleuropa beseitigen, sie in der ganzen Welt vernichten, statt zu erlauben, daß neue Staaten danach greifen. Der Druck der Bundesrepublik auf ihre Verbündeten mit dem Ziel,

eigene Kernwaffen zu bekommen, muß abgelehnt werden, wenn Europa und die Welt eine friedliche Zukunft haben sollen. Es ist darum notwendig, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen wird, daß der Westen endgültig die jetzigen Grenzen Deutschlands anerkennt, daß die Bundeswehr auf Atomwaffen und die Bundesrepublik auf jegliche Form der Verfügungsgewalt über diese Waffen verzichtete, daß die Souveränität der DDR geachtet und die Situation in Berlin durch Aufhebung des Besatzungsstatuts normāliert wird."

### 3) Cyrankiwicz vor Widerstandskämpfern

Vor Vertretern der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), die im Dezember ihren Kongreß in Warschau veranstaltete, ergriff der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ das Wort:

"Wir vergessen nichts. Und wir tun auch alles, damit auch unsere Jugend die Wahrheit über Faschismus, nazistische Besatzung, unseren gemeinsamen Kampf und jene, die in dem Kampf fielen, erfährt. Sie soll wissen, was der Krieg war, und was er heute werden kann. Sie soll den Preis des Friedens kennenlernen, damit sie dieses höchste Gut verteidigen kann....

Aber nicht überall geht es so, nicht überall kann die junge Generation die Wahrheit über den letzten Krieg und den Völkermord kennenlernen. Der Prozeß der politischen Gewinnung Westdeutschlands als Vortrupp der antikommunistischen Kräfte begann nach dem II. Weltkriege. Das forderte einen Preis, und den zu bezahlen waren die Westmächte bereit. Vor allem mußte der Vorhang des Schweigens heruntergelassen werden. Man wollte hinter ihm die schwarze und verbrecherische Vergangenheit verstecken, um diejenigen nicht abzuschrecken, die gestern ausschwitzbauten und morgen die 'westliche Kultur und Zivilisation' verteidigen sollen...

... unschuldig sind die Herren Heusinger und Speidel und Oberländer, unschuldig sind ihre Kollegen von der Justiz, Vertreter der Medizin, die Baumeister, die gestern Krematoriumsöfen entwarfen und heute

Kirchenbauten projektieren. Schuldig sind dagegen ihre Opfer, die ehemaligen Häftlinge der KZ-Lager, die antifaschistischen Kämpfer der VVN, denen heute vorgeworfen wird, daß sie gegen die Refaschisierung Deutschlands Einspruch erhoben...

angeprangert werden sollten diejenigen, die im Dritten Reich gekämpft und gelitten haben, am Richtertisch aber nehmen jene Platz, die früher im Namen der Nazigesetze richteten...

Das alles geht natürlich nicht reibungslos vor sich, dagegen spricht sich ein besonnener Teil der westdeutschen Bevölkerung aus, der eine Wiederholung der Katastrophe, in die Hitler Deutschland stürzte, befürchtet."

#### 4) Einheit die keine ist

Nach den Ereignissen der letzten Monate, die den ideologischen und politischen Streit zwischen zwei großen kommunistischen Mächten vertieften, war es auch der polnischen Parteiführung, die sich aus diesem Streit so weit es nur ging heraushalten wollte, nicht mehr möglich die Fiktion der Einigkeit im sozialistischen Lager weiter aufrechtzuerhalten.

Günstige Umstände brachten es mit sich, daß die polnischen Genossen im Streit der Großen nicht in die Schußlinie gerieten. Diesmal mußten die sonst so vorsichtigen Tschechen herhalten, deren Parteitag gerade auf dem Höhepunkt des ideologischen kalten Krieges zwischen Moskau und Peking stattfand.

In Warschau spöttelte man, daß es nur gerecht sei, weil die Polen bisher im Konflikt um Berlin immer Chruschtschows Vorhut spielen mußten. In seinem Streit mit Mao hat Chruschtschow von den Polen also keine Sonderleistungen verlangt.

Das Verhalten der polnischen Presse war in puncto China äußerst vorsichtig. Was der Öffentlichkeit mitgeteilt werden mußte, wurde in den meisten Fällen

nicht in eigenen Worten ausgedrückt, sondern lediglich in Form von Zitaten vom italienischen und tschechischen Parteitag, aus Plenarsitzungen der französischen KP und aus den Reden Chruschtschow zusammengestellt.

So zurückhaltend die polnischen Kommunisten in der Verurteilung der chinesischen "Dogmatiker" waren, so rückhaltlos sprachen sich prominente Vertreter der Partei für den Standpunkt CHRUSCHTSCHOWS in der Kuba-Krise aus.

Zu dem Parteitag der italienischen KP sandte GOMULKA das Politbüromitglied Zenon KLISZKO, der dort für die Einheit des kommunistischen Lagers agitierte.

"Die Kräfte des Friedens," sagte Kliszko in Rom, "werden in der Welt um so stärker sein und dem Sieg um so näher kommen, je geschlossener und einheitlicher das Lager der sozialistischen Staaten und die ganze kommunistische Bewegung sein wird..."

Wer diese Einheit und Solidarität verletzt, wer die gemeinsame Front der internationalen, revolutionären Arbeiterbewegung durchbricht, der fügt den Kräften des Sozialismus und des Friedens einen großen Schaden zu. Niemand, dem die Einigkeit der internationalen Arbeiterbewegung... am Herzen liegt, kann sich mit der unverantwortlichen Haltung der albanischen Anführer solidarisieren."

Mit fast gleichen Worten beschrieb der Delegierte GOMULKAS beim tschechischen Parteitag, Edward GIEREK, Mitglied des Politbüros und des ZK-Sekretariats die Haltung der polnischen Partei.

Die Zeitung "Zycie Warszawy", die kein offizielles Parteiorgan ist und darum in vielen Fragen offener sprechen kann, schrieb am 15. Dezember in einem Artikel, der den vier letzten Parteitagen der kommunistischen Parteien (Sofia, Budapest, Prag und Rom) gewidmet war, u.a. folgendes:

"Hat die Sowjetunion richtig gehandelt, als sie einen Kompromiß in der Kubafrage schloß und auf diese Weise die Welt vor einem Atomkrieg rettete? Ist die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit

gesellschaftlichen Systemen möglich und notwendig? Sind Kriege unvermeidlich? Es stellte sich heraus, daß alle kommunistischen und Arbeiterparteien hier einig sind, - mit Ausnahme Albanien und derjenigen, die hinter ihn stehen.

Es stellte sich heraus, daß die Vertreter von Dutzenden kommunistischer Parteien, mit Ausnahme Albanien, Chinas und Nordkoreas, in ihrer Stellungnahme vor den (letzten) Parteitag eine identische Haltung in den Fragen der internationalen Politik eingenommen haben."

Das Warschauer Blatt zitierte zum Schluß des Artikels den Ausspruch des italienischen Spitzenfunktionärs Giancarlo PAJETTA: "Wenn wir China sagen wollen, haben wir es nicht nötig, Albanien vorzuschieben." Diesem Beispiel wollten und konnten die polnischen Kommunisten nicht folgen. Sie richteten bis Ende 1961 offiziell kein Wort der Kritik an die Adresse Chinas.

Die halbamtliche Wochenzeitschrift "Polityka" hat eine viel kleinere Auflage als das offizielle Parteiorgan, "Trybuna Ludu". In der letzten Zeit hat man oft in "Polityka" Berichte und Artikel veröffentlicht, die für einen engeren Leserkreis bestimmt waren.

Der junge und begabte Chefredakteur der "Polityka", M. RAKOWSKI, von manchen als einer der "kommanden Männer" der Partei betrachtet, veröffentlichte in der letzten Dezemberrnummer seiner Zeitschrift einen Artikel, in dem er eine Darstellung des Konfliktes mit albanischen Kommunisten seit dem Herbst 1960 gibt. Bei dieser Gelegenheit beschreibt er die Haltung der chinesischen Kommunisten und belegt mit Zitaten, wie diese vom ersten Augenblick an die Albaner in Schutz genommen haben.

Diese kurze historische Übersicht beschließt RAKOWSKI mit der Darstellung eines Artikel, der am 15. Dezember im Organ der KP Chinas, "Schenminschipao", veröffentlicht wurde:

"Dieser Artikel ist vollständig der Darstellung der Ansichten der KP-Chinas zu folgenden Problemen gewidmet: Politik der kommunistischen Parteien gegenüber dem Imperialismus in der heutigen Etappe, Beziehungen zu neutralen Staaten und der nationalen Bourgeoisie dieser Staaten, Problem der Beziehungen zwischen den Parteien,

Problem der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung.

- + Über die erwähnten Probleme entstanden Meinungsverschiedenheiten
- + zwischen der KP Chinas und der KPdSU sowie der entschiedenen Mehrheit
- + anderer Parteien.

RAKOWSKI ist der einzige polnische Publizist, der einen - wenn auch sehr verschleierten-Versuch macht, seinen Lesern zu erklären, auf welcher Grundlage sich die von den sowjetischen Absichten abweichende Meinung Chinas überhaupt formen konnte:

"Der Sieg der chinesischen Revolution war ein historisches Ereignis mit riesigen sozialen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen für die ganze Welt. Das heldenhafte chinesische Volk, das im Vergleich zu anderen kolonialen und halbkolonialen Völkern die weitgehendsten gesellschaftlichen Reformen durchführte, wird von imperialistischen Mächten verächtlich behandelt, man verweigert ihm die Anerkennung und erlaubt ihm nicht, seinen Platz in der UNO und anderen internationalen Institutionen einzunehmen, man erschwert seinen Außenhandel. Die chinesische Revolution ist zweifellos stärker, als diejenigen, die China so behandeln.

- + Es ist verständlich, daß eine solche Politik der imperialistischen
- + Mächte einen Einfluß auf das nationale Bewußtsein ausübt und das
- + Gefühl der Demütigung und Empörung hervorrufen."

#### 5) Fortschreitende Integration

Eine interessante Enthüllung machte der sowjetische Botschafter in Warschau, ARISTOW. Sie bezog sich auf eine Tatsache, die den Ostblockexperten zwar bekannt war, ohne aber von offiziellen Stellen im Osten bestätigt worden zu sein. Es handelte sich um die Beratungen der kommunistischen Parteiführer aus dem europäischen Teil des Ostblocks, die im Sommer in Moskau stattfanden. Im einzelnen führte ARISTOW aus:

"Bekannterweise hat durch Initiative des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Sommer d.J. ein Treffen der Mitgliedstaaten des Rates für wirtschaftliche Zusammenarbeit stattgefunden. Das Haupt-

referat hielt Genosse Gomulka. Während dieser Beratung wurden äußerst wichtige Beschlüsse ausgearbeitet und angenommen. Sie hatten eine ... Erweiterung der wirtschaftlichen Gemeinschaft der Mitgliedsländer zum Zwecke."

In seinem erwähnten Referat habe der polnische Parteichef auf die Mängel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Nachbarstaaten hingewiesen und sie mit zahlreichen Beispielen aus der Handelspraxis zwischen Polen und der "DDR" illustriert. Sie seien später zum Hauptgegenstand der Besprechungen zwischen GOMULKA und ULBRICHT während des letzten polnischen Besuches in der SBZ gewesen.

Nach Darstellung des sowjetischen Botschafters sind die jetzt stark hervortretenden Bestrebungen nach wirtschaftlicher Integration der Ostblockstaaten zum großen Teil auf polnische Initiative zurückzuführen. Die starke Kontroverse zwischen Warschau und Pankow wegen der ungenügenden wirtschaftlichen Kooperation wird von ARISTOW offensichtlich als überwunden betrachtet:

"Eine ganz besondere Freude macht uns die Festigung und Erweiterung der Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der polnischen Volksrepublik und den anderen sozialistischen Ländern, insbesondere zwischen Volkspolen und der DDR."

#### 6) Die "Polnische Sozialistische Partei" (PPS) 70 Jahre alt

Am 17. November d.J. erschienen in allen größeren Presseorganen des kommunistisch-regierten Polens Artikel, die man als Nachruf für die gewaltsam aufgelöste, traditionsreiche "Polnische Sozialistische Partei" (PPS) betrachten kann.

Als diese Partei vor 70 Jahren entstand, war Polen ein dreigeteiltes, seiner Freiheit beraubtes Land. Neben dem Kampf um die soziale Gerechtigkeit

betrachtete die im russischen Teil Polens gegründete PPS es als ihre ehrenvollste Aufgabe, den Kampf um die staatliche Unabhängigkeit Polens zu führen. Im österreichisch regierten Südpolen gab es eine parallele "Polnische Sozialdemokratische Partei", die am politischen Leben des Landes und im Parlament offiziell mitwirken konnte, während die PPS unter der Zaren-Herrschaft zur Illegalität verurteilt war. Im preussischen Teil Polens erlaubte man eine legale sozialistische Partei ebenfalls nicht.

Im freigewordenen Polen nach dem I. Weltkrieg entstand eine einheitliche sozialistische Partei, die an dem politischen Leben des Landes auch während der PILSUDSKI-Diktatur regen Anteil nahm.

Im vorwiegend agrarischen und wenig industrialisierten Polen war die Zahl der Werktätigen in den Städten nicht groß genug, um die PPS zur stärksten Partei des Landes zu machen. Bei allen Sejmwahlen, die zwischen 1918 und 1932 stattfanden, bekam die PPS 10-13 % der Stimmen. Der wirkliche Einfluß der Sozialisten in Polen war indes viel stärker, als es aus dem Stimmenanteil hervorgeht. Sie versuchten immer mit den drei Bauernparteien (radikal bis gemäßigt) und anderen Gruppen gemeinsame Front zu machen, was ihnen schwere Repressalien seitens der Pilsudski-Verwaltung einbrachte.

Unter der deutschen Besatzung gehörte die PPS zu den drei politischen Parteien (außerdem: Bauernpartei und National-Demokraten), die im Untergrund mit der Londoner Exilregierung SIKORSKIS zusammenarbeiteten. Nur eine Splittergruppe wählte die Kollaboration mit den Kommunisten. Zu ihnen gehörte der begabte und wendige Opportunist - Jozef CYRANKIWICZ, der heute an der Spitze der kommunistischen Regierung steht.

Nur drei Jahre lang duldeten die Kommunisten im befreiten Polen die Existenz der "Polnischen Sozialistischen Partei", die aber schon damals mit der alten Partei nur noch den Namen gemeinsam hatte. Die Funktionäre dieses Scheingebildes bestanden aus infiltrierten Kommunisten, Opportunisten oder eingeschüchterten Menschen, die Verhaftung und Repressalien fürchteten. Diese Funktionäre hätten schon gleich nach dem Kriege einer Verschmelzung mit den Kommunisten zugestimmt, außer ihnen gab es aber noch



viele Parteimitglieder, die der alten Fahne die Treue hielten und von einer Fusion mit den Kommunisten nichts wissen wollten. Die Kommunisten fühlten sich trotz der sowjetischen Bajonette noch nicht stark genug, um in einem Handstreich den Namen "PPS" auszulöschen. Erst im Jahre 1948 war es so weit.

Obwohl seit diesem Tage fast 14 Jahre vergangen sind, ist die alte Einteilung Altkommunisten und Altsozialisten innerhalb der Vereinigten Partei nicht völlig verschwunden. Für eine gewisse Sorte der alten kommunistischen Funktionäre sind bis zum heutigen Tage sogar Männer wie Cyrankiewicz und Rapacki "Fremdkörper" in der Partei. Die sogenannte "Partisanengruppe", die eine Art Fraktion innerhalb der Partei ist, hält die ehemaligen Sozialisten ebenfalls für nicht zuverlässig. Für jüngere Parteimitglieder gibt es natürlich solche Probleme nicht.

Die "Nachrufe", die man heute in Polen der liquidierten PPS in der Presse widmet, sind im Tone gewiß viel anders geschrieben, als es in der stalinistischen Ära der Fall war. Damals galt die Schablone: Anständige Masse der einfachen Parteimitglieder der PPS, verräterische Führung und einzelne gute führende Funktionäre, die eine gemeinsame Front mit den kommunistischen Brüdern anstrebten, sich aber gegen die Mehrheit der "Rechten" nicht durchsetzen konnten und von diesen mit allen Mitteln verfolgt wurden. Die heutige Schablone ist nicht ganz so schlimm. Man räumt sogar führenden sozialistischen Politikern von damals ein, daß sie kein "Werkzeug der Kapitalisten" waren. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schreibt darüber:

"Die PPS sammelte (vor dem ersten Weltkriege) hauptsächlich Menschen, die in den Grenzen allgemeiner demokratischer Begriffe dachten und handelten und die auch den von ihnen verkündeten sozialistischen Ideen keinen Klassencharakter, sondern einen allgemein-demokratischen, allgemein-fortschrittlichen und reformistischen

Charakter gaben...

Während der Zeit vor der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit im Jahre 1918 und dann während der folgenden 20 Jahre war und blieb die PPS ein Teil der fortschrittlichen und demokratischen Bewegung in unserem Lande. Sie kämpfte gegen die russischen Zaren, sie bekämpfte mehr oder weniger entschlossen die reaktionären und rückschrittlichen Kräfte, und im unabhängigen Polen trat sie gegen die antidemokratische und diktatorische Regierung Pilsudskis, gegen die faschistischen und klerikalen Tendenzen auf. Sie kämpfte auch um soziale Reformen und um demokratische Freiheiten. Ihre Verdienste auf diesem Gebiete sind unbestreitbar...

Diesen Rahmen des Kampfes verließ die PPS jedoch nicht. In den entscheidenden Jahren 1918-19, als es die Möglichkeit gab, eine Arbeitermacht in Polen zu errichten, trug die PPS dazu bei, einen Staat zu gründen, in dem die Macht der Bourgeoisie und dem Großbesitz gehörte."

Den polnischen Sozialisten wirft man hier also vor, daß sie nicht für eine polnische Sowjetrepublik, sondern für ein unabhängiges, demokratisch regiertes Polen aussprachen, in dem sich (was man im Jahre 1918 nicht voraussehen konnte) nach einer Periode des Parteiaders acht Jahre später ein Diktator etablieren konnte.

Eine andere Warschauer Zeitung, "Zycie Warszawy", formulierte diesen kommunistischen Vorwurf etwas anders:

"Es muß hier deutlich und unumwunden gesagt werden, daß der Sieg des Sozialismus in Polen der revolutionären Strömung der Arbeiterbewegung und nicht der in der PPS dominierenden reformistischen Strömung... zu verdanken ist.

## 7) RAPACKI in Jugoslawien

Am Ende des Jahres 1961 wurde das Verhältnis Jugoslawien - Polen weiter verbessert. Entscheidend dabei war der Besuch des polnischen Außenministers RAPACKI in Belgrad. Diese Entwicklung vollzog sich parallel der sowjetischen Annäherungspolitik gegenüber Belgrad. Schon im Frühjahr des Jahres 1962 war Präsident Tito von amtlichen polnischen Stellen als "Genosse" angesprochen worden. Auf staatlicher Basis waren die Beziehungen auch während der Periode der Abkühlung viel besser, als CHRUSCHTSCHOW es sich wünschte. Nur sehr unwillig folgte Polen damals dem sowjetischen Verlangen nach Abbruch der Beziehungen mit Jugoslawien auf Parteiebene.

Wirtschaftliche Kontakte wurden in den letzten Jahren systematisch intensiviert. Die Höhe der gegenseitigen Handelsumsätze zwischen Polen und Jugoslawien betrug (in MioDollar):

1960	- 52
1961	- 63
1962	- 69 (Schätzung)
1963	- 80 (Plan)

Der Besuch des polnischen Außenministers sollte einer Aktivierung der politischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten dienen. Allerdings ist die Position der beiden Partner ungleich:

Jugoslawien ist Dank seiner besonderen Situation ein selbständiger Faktor in der internationalen Politik und ein wirklich souveräner Staat. Polen ist in einer ganz anderen Lage, eine selbständige Außenpolitik führt es nicht. Die Jugoslawen können, wenn immer es ihnen beliebt, sich direkt mit CHRUSCHTSCHOW arrangieren und brauchen dazu die Vermittlung Warschaus nicht. Interessant für Tito ist aber nach wie vor eine Zusammenarbeit und der Austausch von Erfahrungen mit GOMULKA auf Parteiebene. Dies aber sieht Moskau nicht sonderlich gerne.

Die politische Bedeutung des polnischen Besuches wardadurch abgewertet, daß er zwischen BRESCHNJEV-Visite in Jugoslawien und Moskaubesuch Titos eingeschoben wurde.

Der polnische Gast stellt während seines Aufenthaltes fest, daß auf dem Gebiet der internationalen Politik "unsere Ansichten in Bezug auf die wichtigsten Probleme ähnlich und oft identisch sind. Das, so meinte der Pole, öffnet unserer Meinung nach Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen Polen und Jugoslawien zu erweitern und zu vertiefen." Auch unsere Zusammenarbeit in der internationalen Arena könnte enger gestaltet werden."

Von größerer Bedeutung war wohl nur eine Äußerung RAPACKIs während eines offiziellen Empfanges in Belgrad am 20. November. Der polnische Minister betonte ausdrücklich die kommunistische Bereitschaft zu Verhandlungen:

- + "Die dringendste Schlußfolgerung aus diesen Tagen der großen
- + Gefahr: Es ist notwendig, so schnell wie nur möglich den Weg der
- + Lösung aller offenen internationalen Probleme durch weit angelegte
- + Negotiationen, durch gegenseitiges Nachgeben... zu wählen."

## II. WIRTSCHAFT

### 1) Wirtschafts- und Haushaltsplan für das Jahr 1963

Nicht im Zentralkomitee, sondern vor dem polnischen Parlament (Sejm), wo echte Diskussion kaum möglich ist, wurde der Wirtschafts- und Haushaltsplan für das neue Jahr behandelt. Die Richtlinien des neuen Planes mußten von der Tatsache ausgehen, daß sich im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Planung als unrealistisch erwies und die neuen Planziele entsprechend herabgesetzt werden mußten. Auch im Jahre 1963 werde sich die Nationalwirtschaft weiter in allen Richtungen entwickeln, "das Tempo dieser Entwicklung wird allerdings viel langsamer als in den vergangenen Jahren sein."

In den vergangenen Jahren variierte die jährliche Zuwachsrate der industriellen Produktion etwa um 8-9 %, im Jahre 1963 soll sie rund 5 % betragen. Ein Kuriosum stellte die Tatsache dar, daß für die Landwirtschaft eine höhere Zuwachsrate geplant ist und zwar 5,8 %. Das läßt sich aber dadurch erklären, daß das vergangene Jahr für die Landwirtschaft sehr schlecht war und die Produktion nur einen niedrigen Stand erreichen konnte. Diese Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion glaubt man erreichen zu können, wenn das laufende Jahr keine klimatischen Anomalien bringt.

Besonders hervorgehoben wurden während der Debatte die Probleme des Außenhandels, insbesondere die des Exports.

"Entweder werden wir die Aufgaben auf dem Gebiet (des Außenhandels) erfolgreich lösen können, oder wir sind dazu verurteilt, daß unsere Wirtschaft sich langsam entwickelt und der Lebensstandard sich kaum erhöht."

Man plant für 1963 eine allgemeine Erhöhung des Maschinenexportes um 15 %, dabei soll der Export in die "kapitalistischen Länder" um 30 % gesteigert

werden. Bekannterweise sind aber gerade diese westlichen Länder, die nach den Wünschen Warschaus polnische Maschinen kaufen sollen, selbst im Besitze hochentwickelter Industrien. Unterentwickelte Länder kommen nur theoretisch als größere Abnehmer in Frage. Der Handel mit vielen dieser Länder ist nicht immer ein gutes Geschäft für das Exportland, und Polen ist selbst zu arm, um diesen Ländern eine versteckte Wirtschaftshilfe zu leisten.

Allen Anschein nach steht Polen also vor sehr schwer lösbaren Aufgaben, und man muß in kommender Zeit mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten rechnen. Der Minister für Binnenhandel, LESZ, gab auch ununwunden zu, daß in der ersten Jahreshälfte 1963 die Versorgung des Binnenmarktes (vor allem mit Lebensmitteln) schlechter als in den vergangenen Jahren sein wird.

Im polnischen Sejm gibt es eine kleine Gruppe von 5 katholischen Abgeordneten, die dem Kardinal WYSZYNSKI nahe stehen. Sie sind die einzigen, die während der Diskussion manchmal ein kritisches Wort verlauten lassen. So war es auch diesmal, als der Abgeordnete KISIELEWSKI mit Nachdruck fragte, warum man die katastrophalen Ausmaße der Fehlplanungen erst so spät der Öffentlichkeit mitteilte. Nicht sehr überzeugend antwortete ihm der Chefplaner JEDRYCHOWSKI, daß mit Rücksicht auf den Ausgang der Ernte und Außenhandelsbilanz dies früher nicht möglich war.

JEDRYCHOWSKI äußerte die Zuversicht, daß die offene Darlegung der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den breiten Volksmassen "große Energien zur Überwindung dieser Schwierigkeiten mobilisieren wird". Die Stimmung, die nach zuverlässigen polnischen Darstellungen augenblicklich im Lande herrscht, läßt allerdings wenig Hoffnung, daß diese Erwartungen erfüllt werden.

## 2) Schwierige Probleme des Maschinenexportes

Als ein Schlüsselproblem der gesamten Nationalwirtschaft wird von polnischen Planern die Ausfuhr von Maschinen und industriellen Ausrüstungen bezeichnet. Die Situation auf diesem Gebiet ist alles andere als befriedigend, trotzdem konnten bisher gewisse Praktiken der Presse, die nach kommunistischer Sitte nur allzu oft nach propagandistischen Effekten hascht, in der breiten Öffentlichkeit ganz andere Vorstellungen erwecken. Da man aber augenblicklich in Polen entschlossen ist, der Öffentlichkeit die ganze bittere Wahrheit über die wirtschaftliche Lage zu sagen, erschien in "Zycie Warszawy" am 14. Dezember ein Artikel, in dem vor der bequemen Selbsttäuschung (die allerdings von der Presse selbst praktiziert wurde) gewarnt wird:

"Wenn man viel Aufhebens darum macht, daß man den FIAT-Werken einige Werkzeugmaschinen verkaufen konnte, so wird ein Durchschnittsbürger, der vom Außenhandel nicht viel versteht, sich vielleicht vorstellen, daß wir schon die attraktivsten ausländischen Märkte erobert haben. Dann aber staunt er maßlos, wenn wir ihm wahrheitsgemäß mitteilen, daß unser Export von Erzeugnissen der Schwerindustrie noch recht bescheiden ist, daß der Anteil der Maschinen, industriellen Ausrüstungen und Transportmittel in unserem Export immer noch die 30 % Grenze nicht zu überschreiten vermag, daß der Export von Massenbedarfsartikeln industrieller Herkunft in äußerst bescheidenen Rahmen bleibt,"

"Unsere Handels- und Zahlungsbilanz mit der USA und Westeuropa zeigt ein Minus-Saldo... das ist schon allgemein bekannt. In dieser Situation ist es für unsere Wirtschaft eine dringende Notwendigkeit, den Export in diese Länder maximal zu steigern, damit wir unsere Verpflichtungen erfüllen können. Wegen der systematischen Preisenkung für landwirtschaftliche Produkte und den wachsenden Schwierigkeiten bei ihrer Veräußerung kann folglich nur die Ausfuhr von industriellen Erzeugnissen, vor allem der Schwerindustrie, die Situation verbessern..."

Unser gesamter Export von Erzeugnissen der Schwerindustrie stützt sich auf drei Säulen: Seeschiffe, Eisenbahnwaggons und komplette industrielle Objekte. Dann kommt lange, lange nichts, und endlich erscheinen auf der Ausfuhrliste Motorfahrzeuge und Werkzeugmaschinen... Im Endergebnis ergibt das alles eine Exportquote von 450-500 Mio Dollar....

Davon wird allerdings über 4/5 in die kommunistischen Länder exportiert, für die kapitalistischen Länder bleibt also nur ein bescheidener Rest. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mehr als die Hälfte von diesem Rest in die wirtschaftlich unterentwickelten Länder ausgeführt wird. Wie man sieht, bleiben für Westeuropa und USA Mengen, die keine ernstere Rolle spielen können."

Zwar wuchs die Ausfuhr von Maschinen und industriellen Ausrüstungen in die kapitalistischen Länder im Jahre 1961 um 7 %, im Jahre 1962 gar um 12 %. Der Ausgangspunkt liegt aber so niedrig, daß auch diese relativ beträchtliche Erhöhung kaum ins Gewicht fällt.

### 3) Export von fertigen industriellen Objekten

Vor etwa 8 Jahren gründete man in Warschau eine neue Exportorganisation, der man den Namen "CEKOP" gab. Diese Abkürzung bedeutete: "Exportzentrale für komplette industrielle Objekte".

Zuerst wurden nur komplette Einrichtungen von Zuckerfabriken ins Ausland geschickt. In den folgenden Jahren erweiterte sich die Exporttätigkeit der Zentrale "CEKOP" und umfaßt jetzt verschiedene Objekte der chemischen Industrie, des Bergbaues, Werftanlagen, Betriebe zur Lebensmittelverarbeitung usw. Die Einnahmen der Zentrale betragen im Jahre 1962 300 Mio Devisenzlotz (Ca. 75 Mia Dollar), was deutlich darauf hinweist, daß es sich vorwiegend um Export kleinerer Objekte handelt. Immerhin belieferte Polen 34 verschiedene Länder, 40 % des Gesamtexportes ging in die "kapitalistischen" und unterentwickelten Länder.



Polnische Wirtschaftsplaner möchten aus diesem Export fertiger Objekte eine der Hauptstützen des Exportes ihres Landes machen, da sie ihn für besonders lohnend halten. Sorgen macht ihnen nur die Tatsache, daß dieser Zweig des Exportes sich nicht schnell genug entwickelt und sogar zu stagnieren begann. Die junge Industrie Polens muß gegen starke Konkurrenz kämpfen, die Lieferfristen der polnischen Fabriken sind meistens zu lang, und sie zu verkürzen, ist mit Risiken verbunden, die man bisher bewußt mied. Bisher begann die Produktion erst, wenn sich der ausländische Kunde vertraglich festgelegt hatte. Jetzt plädieren die Wirtschaftler dafür, daß solche Produktionen schon dann aufgenommen werden müßten, wenn solche Transaktionen aller Wahrscheinlich nach zustande kommen. Ziehe sich der Auftraggeber im letzten Augenblick doch zurück, so habe man keine gesetzlichen Mittel, eine Entschädigung zu verlangen. Darin stecke das Risiko, das man aber - nach Ansicht vieler polnischer Experten - in Kauf nehmen muß, um im Geschäft zu bleiben, zumal man solche Anlagen im Endeffekt doch absetzen könne.

Mit dem Export der fertigen Objekte ist noch eine andere, zusätzliche Schwierigkeit verbunden. Bis jetzt lieferte Polen nur die Maschinen und Ausrüstungen. Fabrikgebäude und Montage wurden vom Auftraggeber ausgeführt. Heutzutage werden aber Auftraggeber, - so klagt man in Warschau, immer bequemer. Sie wünschen jetzt die "Schlüssel" zum fertigen und komplett eingerichteten Produktionswerk zu bekommen. Das würde polnische Exportorganisationen zwingen, unter eigener Regie. (und z.T. unter Bereiligung der polnischen Fachkräfte) Bau- und Montagearbeiten im Ausland durchzuführen. Die entsprechend ausgebildeten polnischen Kader sind nicht allzu zahlreich vertreten und werden in der Regel dringend im Lande gebraucht. Man wird aber auch diesen Wunsch des Kunden respektieren müssen, weil keine andere Wahl bleibt, um in den kommenden drei Jahren fertige Objekte im Wert von mindestens 500 Mio Devisenzloty pro Jahr zu exportieren.

### III. Soziale und kulturelle Probleme

#### 1) Rolle der Gewerkschaften

Anfang Dezember 1962 ging in Warschau der V. Kongreß der polnischen Gewerkschaften zu Ende. Die Beratungen des zentralen polnischen Gewerkschaftsbundes hätten in der Öffentlichkeit kaum Interesse erweckt, hätte GOMULKA dort nicht seine bemerkenswerte Rede über die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes gehalten.

Der Mangel an jeglichem Interesse bei der breiten Masse der Bevölkerung ist gut verständlich. Die Hoffnung, daß die Gewerkschaften nach dem Oktober 1956 sich hauptsächlich dem Interessenschutz der Werktätigen widmen würden, erfüllte sich nicht. Zwar spielen sie nicht mehr ausschließlich die Rolle des Antreibers der Arbeiter wie in stalinistischer Zeit, das war nur in einem Terrorssystem möglich. Aber auch heute besteht die Rolle der Gewerkschaften in Polen hauptsächlich darin, die Interessen der Produktion zu vertreten. Am 26. November formulierte das der Parteichef GOMULKA ziemlich deutlich.

"Die gesellschaftlichen Funktionen der Gewerkschaften... im sozialistischen System bestehen darin, daß sie ihre Aktivität und ihre Bemühungen mit den Bemühungen der Partei und der Regierung verbinden, um das Sozialprodukt und Nationaleinkommen unaufhörlich zu vergrößern. In dieser Hauptaufgabe äußert sich gleichzeitig ihre Sorge und ihr Kampf um das bessere Leben der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen. Das Lebensniveau der Werktätigen ist eng mit der Höhe des erzeugten Sozialproduktes verbunden."

Wenn man das, was GOMULKA sagte, wörtlich nehmen würde, müßte man zu dem Schluß kommen, daß er an einen Automatismus der volkswirtschaftlichen Entwicklung glaubt: Je reicher die Volkswirtschaft, um so reicher die Arbeiter und Angestellten.

Die Wahrheit sieht aber etwas anders aus. Nicht nur in der frühkapitalistischen Epoche war der Schutz der Interessen der Arbeitnehmer notwendig, das ist auch heute noch der Fall, und ganz besonders in kommunistischen Staaten, die die Rolle der privaten Arbeitgeber übernommen haben. Die Position des Staates ist gegenüber dem Arbeitnehmer dermaßen stark und umgekehrt ist ein einzelner Arbeitnehmer gegenüber dem Staat so schwach, daß eine echte Interessenvertretung des Schwächeren unentbehrlich ist.

Es wäre nicht gerecht, wollte man behaupten, daß die Gewerkschaften in Polen diese Rolle der Interessenvertretung ganz und gar nicht ausüben. Sie ist aber durch die führenden Autoritäten im Staate als zweitrangig bezeichnet worden. Wenn die Interessen der Produktion und die der Arbeiter einmal kollidieren, und das kommt öfters vor, als GOMULKA es seine Landsleute glauben läßt, sind die Gewerkschaften einfach verpflichtet, sich für die Interessen der Produktion einzusetzen. Es gibt Fälle, die vom Gesetz klar bestimmt sind, z.B. das ein Werktätiger Recht auf bezahlten Urlaub hat. Wenn aber die Fabrikdirektion "im Interesse der Produktion" glaubt, den Arbeitnehmer nicht für einige Wochen entbehren zu können und deswegen Urlaub nur "auf Stottern" gibt, so handelt es sich um einen "Grenzfall", der vom Gesetzgeber nicht mit gebührender Klarheit bestimmt wurde. Das ist beispielsweise ein Fall, in dem die Gewerkschaft Partei für den mißbrauchten Arbeitnehmer und gegen die Willkür der Fabrikdirektion ergreifen müßte. Sie tat es in konkreten Fällen nicht. Hätte sie das aber getan, so würde der Ausgang einer solchen Intervention fragwürdig sein, weil Betriebsräte nicht genug Macht und Autorität gegenüber der Direktion besitzen, um sich immer durchsetzen zu können.

Überdies würde der betroffene Arbeitnehmer von diesem Augenblick an den schlimmsten Schikanen der Direktion wehrlos ausgesetzt sein. Das wissen die Menschen in Polen. Sie haben längst die Hoffnung aufgegeben, daß die Gewerkschaften sie vor der leider allgemein herrschenden Willkür der Verwaltung wirksam schützen können. Das erklärt auch unter anderem das geringe Interesse der Massen gegenüber dem letzten Gewerkschaftskongreß.